

THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
AUSGABE 1 | JANUAR 2012

THÜRINGENS HAUSHALT 2012
Liberaler mahnen zur Sparsamkeit

AKTIV FÜR DIE FREIHEIT
Die Friedrich-Naumann-Stiftung

FDP VERURTEILT UMWELTZONE
Scharfe Kritik an Behörden

Startschuss für 2012

Die Thüringer Liberalen
blicken nach vorn!

FDP 
Thüringen

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2012 werden wir Liberale uns an unsere starke Position aus dem Jahr 2009 wieder rankämpfen. Wenn die FDP mehr Erfolg haben will, können wir uns nicht nur auf die Großwetterlage in Berlin verlassen. Wir müssen auf unseren Einflussebenen ganze Arbeit leisten.

In Thüringen spielt dabei besonders der Kommunalwahlkampf eine Rolle. Die FDP wird im Kampf um die Rathäuser ein wichtiges Wort mitreden. Über

diesen Wahlkampf werden wir unsere starke kommunale Verankerung deutlich machen und aus dieser unsere Kraft schöpfen. Dies haben wir bereits in der Zeit vor 2009 so getan – und zwar sehr erfolgreich. Daran werden wir auch in der jetzt schwierigen Situation anknüpfen und diesen eigenen Thüringer Weg gehen.

Um für neues Vertrauen in die FDP zu werben und zu kämpfen, werden wir

teil gegenüber anderen Parteien, die sich nur in Großstädten oder in bestimmten Milieus bewegen. Insbesondere können sich die Kommunalabgeordneten, die in jedem Thüringer Kreistag und den zahlreichen Stadträten vertreten sind, zusätzliche Öffentlichkeit über Inhalte und Personen der FDP verschaffen.

Wir haben genug Luft geholt, jetzt müssen wir zum Angriff übergehen. Wer glaubte, uns mit einem Lächeln ab-



» Wir haben genug Luft geholt, jetzt müssen wir zum Angriff übergehen «

eine ganze Reihe an Veranstaltungen durchführen. So haben wir in diesem Jahr erstmals ein Dreikönigstreffen am 6. Januar organisiert. Hauptrednerin war die ehemalige Generalsekretärin und jetzige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper. Eine Woche später zum Neujahrsempfang kam der FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle nach Jena. Weitere Veranstaltungen der Fraktionen folgen. Schon jetzt auch der Hinweis auf den politischen Aschermittwoch.

Für die FDP ist vor allen Dingen wichtig, Wahlkampfpräsenz in der Fläche zu zeigen. Dass ist ein entscheidender Vor-

schreiben zu können, wird sehen, dass er sich sehr getäuscht hat. Die Thüringer Liberalen sind in der Vorwärtsbewegung. Dies müssen wir nun auch auf Bundesebene hinbekommen.

Ihr

Patrick Kurth
Mitglied des Deutschen Bundestages
Generalsekretär der FDP Thüringen



Dem Regierungsentwurf stellte die FDP-Landtagsfraktion ihr Haushaltspaket mit 616 Änderungsanträgen gegenüber. Damit wäre es möglich gewesen, die Schuldenuhr 2012 rückwärts laufen zu lassen.



Konsolidierung, Zukunftsinvestitionen und Steuergerechtigkeit

Liberalen mahnen mit Schuldenuhr und Landesspendenkonto zur Sparsamkeit

Die FDP drängte auch 2011 wieder darauf, dass Thüringen zu einer seriösen Finanzpolitik zurückkehrt und durch kluges Sparen auf die Aufnahme neuer Schulden verzichtet. Um die Öffentlichkeit, Parlamentsbesucher, Regierungsmitglieder und alle Abgeordneten des Thüringer Landtags für das drängende Problem der Staatsverschuldung zu sensibilisieren, hat die FDP eine Schuldenuhr aufgestellt, die unter anderem die Gesamtverschuldung Thüringens anzeigt. Sie soll immer wieder daran erinnern, welche Auswirkungen die heutigen Entscheidungen auf unsere Kinder und Kindeskiner haben: Die nämlich können auf Schuldenbergen nur sehr schlecht spielen!

Die Haushaltskonsolidierung ist nach Meinung der FDP-Fraktion auch unerlässlich, da die Probleme Griechenlands und anderer EU-Länder zeigen, wohin die Aufnahme ständig neuer Schulden führt. Damit Thüringen dieses Schicksal der Überschuldung erspart bleibt, hat die FDP-Fraktion Anfang 2011 eine Initiative zur Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung gestartet und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Diesen lehnte die CDU entgegen öffentlicher Bekundungen im Vorfeld ab. Durchgesetzt hat sich die FDP-Fraktion mit ihrer Initiative, ein Landesspendenkonto zur Schuldentilgung einzurichten. Wohlhabende sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, ihre Ankündigungen wahr zu machen, zusätzliche Beiträge zur Haushaltskonsolidierung leisten zu wollen.

Die Diskussion über den Landeshaushalt 2012 nutzte die FDP-Fraktion, um

zu beweisen, dass nicht nur der Neuverschuldungsverzicht möglich ist, sondern auch die Schuldentilgung. Dazu hatte die FDP wie bereits in den Jahren zuvor jede Haushaltsstelle auf den Prüfstand gestellt und ein liberales Haushaltspaket zur Sicherung der Zukunft Thüringens vorgelegt. Mit Annahme der 616 liberalen Änderungsanträge hätten insgesamt 158,3 Millionen Euro Altschulden getilgt werden können. Dies hätte eine dauerhafte Zinseinsparung von 5,5 Millionen Euro pro Jahr bedeutet. Stattdessen tilgt die Regierung 2012 nun gerade einmal 1,5 Millionen Euro von den insgesamt 17 Milliarden Schulden. Bei diesem Tempo brauche Thüringen 10.000 Jahre, um seine Schulden zu tilgen, rechnete Uwe Barth, FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzender, vor. „Die Landesregierung ist offensichtlich weder in der Lage zu sparen, noch will sie es.“

gramm zur Schulsanierung über 15 Millionen Euro und den Antrag, 5 Millionen Euro mehr für die Schulen in freier Trägerschaft zur Verfügung zu stellen, lehnte Schwarz-Rot ab. 20 Millionen Euro sollten nach dem Willen der Liberalen zusätzlich für die Sanierung von Straßen ausgegeben werden. Die Hälfte davon stellte die Regierungskoalition am Ende noch im Haushalt ein. Der FDP ist es zudem gelungen, 700.000 Euro mehr für das Thüringer Handwerk durchzusetzen. Der Änderungsantrag hierzu war einer von 14 im Haushaltsausschuss angenommenen Änderungsanträgen der FDP-Fraktion. Wirtschaftsminister Machnig wollte den Ansatz für Absatzförderung, Projektförderung und Leistungswettbewerbe der Handwerksjugend auf 100.000 Euro kürzen.

Die Leitlinien für eine thüringengerechte Haushaltspolitik hatte die FDP-Fraktion in einem Entschließungsantrag

» Nicht nur der Neuverschuldungsverzicht ist möglich, sondern auch die Schuldentilgung «

Die FDP wollte mit ihren Änderungsanträgen Sparbüchsen auflösen, beim Personal in der Landesverwaltung und bei Aushilfskräften sowie politischen Prestigeprojekten der Regierung kürzen, und sie belegte damit, dass es bei etwas gutem Willen möglich wäre, richtig zu sparen. Mit dem eingesparten Geld würden die Liberalen richtig investieren und richtig sanieren. Insgesamt 40,7 Millionen Euro hätte man so gezielt in Bildung und Infrastruktur investieren können. Das Pro-

zusammengefasst. „Überschüsse gehören ohne Umweg in die Schuldentilgung“, forderte die Fraktion. Nur mit einer nennenswerten Schuldentilgung habe man überhaupt eine Chance, durch Einsparungen im Zinsdienst Gestaltungsspielräume zu erhalten. Sparen müsse endlich auch strukturell beginnen. Weil der von der Regierungskoalition vorgelegte Haushalt 2012 die Forderungen der Liberalen nicht erfüllt, lehnte die FDP-Fraktion das Haushaltsgesetz ab. *jl/jp*

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag lädt ein zur:

Fraktionssitzung vor Ort.

• Bürgernah, transparent, offen ...

Mittwoch, 1. Februar 2012
16.30 - 18.00 Uhr

Sömmerda, Hotel Erfurter Tor
(Kölleddaer Straße 33, 99610 Sömmerda)

THÜRINGENgerecht
Kontakt + weitere Infos: www.thl-fdp.de

Um Anmeldung wird gebeten: FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Telefon: (0361) 377 27 00, Telefax: (0361) 377 27 05, E-Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

Aktiv für Freiheit – unsere gemeinsame Verantwortung

Themenschwerpunkte in der Stiftungsarbeit 2012 – 2015

Mit dem Start in das Jahr 2012 wird die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auch im Freistaat Thüringen ihre neuen Themenschwerpunkte umsetzen. Das Regionalprogramm der Stiftung wird wie bisher durch das Regionalbüro Mitteldeutschland in Halle an der Saale in Absprache mit dem Landesbüro Thüringen und seinen Liberalen Foren koordiniert. Neben dem Regionalprogramm mit seinen Kurz- und Abendveranstaltungen steht den Interessierten für mehrtägige Bildungsangebote die Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach (NRW) offen. Ergänzt wird das Bildungsprogramm durch die Angebote der Virtuellen Akademie.

In ihrem Themenschwerpunkt 1 – Freiheit und Fortschritt – will die Stiftung für die Freiheit unseren Zielgruppen den Zusammenhang von geistiger Freiheit, wissenschaftlich-technologischer Innovation, gesellschaftlichem Wohlstand und politischen Reformen vor Augen führen. Neue Technologien sollen dabei als Chance und nicht als Gefahr gesehen werden.

Der Themenschwerpunkt 2 – Freiheit und Religion – berührt ebenfalls liberales Selbstverständnis und befasst sich mit dem klaren Bekenntnis zu den Menschenrechten als Grundlage jeder rechtsstaatlichen Ordnung und als Wertesystem, das den religiösen Vorgaben übergeordnet ist. Glaube und kulturelle Lebensstile sind hierbei Privatsache. In den vorgesehenen Veranstaltungen wird die Grundlage für eine pluralistische Gesellschaft vermittelt, in der unterschiedliche Gruppen mit oder ohne Konfession im Rahmen der rechtsstaatlichen Verfassung ihre Werte ausleben können.

Themenschwerpunkt 3 – Freiheit und Partizipation – befasst sich mit der Mitgestaltung liberaler Politik durch die

Bürgerinnen und Bürger. Die Friedrich-Naumann-Stiftung bündelt hierbei ihre Erfahrungen, wie das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement geweckt wird und wie die sich hieraus ergebenden Chancen aktiv von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können. Der wesentliche Beitrag zur Festigung der repräsentativen Demokratie und ihre Vereinbarkeit in Hinblick auf Formen direkter Demokratie sollen weiter diskutiert werden.



Ein weiterer Schwerpunkt lautet: Soziale Marktwirtschaft und Verantwortung. Als Lehre unter anderem aus der Finanzmarkt- bzw. Euro-Krise ist klar geworden, dass die Verantwortung von wirtschaftlich Handelnden sich sowohl auf die Chancen wie auch auf die Risiken bezieht. Banken und Staaten müssen wirtschaftlich scheitern können. Es wird aber in den Veranstaltungen darauf verwiesen, dass der Mittelstand der Motor des wirtschaftlichen Wohlstands und der 'Finanzträger' der sozialen Sicherungssysteme ist.

Mit dem Schwerpunkt 'Rechtsstaat und politische Extreme' wird sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit einer auch und gerade in Thüringen aktuellen Frage auseinandersetzen. Liberale wollen, dass die Menschen ihr Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft frei gestalten können. Ihnen ist aber auch bewusst, dass vom politischen Extremismus eine Bedrohung für die freiheitliche Ordnung ausgeht.

Mit dem Themenschwerpunkt 'Liberales Bildungspolitik' wird an die Pro-Kopf-Initiative angeschlossen. Auch zukünftig wird die Stiftung für die Freiheit Bildung als Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts, als Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und für die Teilhabe des Individuums an der Wissensgesellschaft kommunizieren. Liberale Reformansätze für Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Hochschulen stehen im Mittelpunkt.

Vervollständigt wird das Regionalprogramm durch den Themenschwerpunkt 'Internationale Politik'. Hier sei insbesondere die Frage nach den Chancen und Herausforderungen der europäischen Integration im Spannungsfeld zwischen nationaler Souveränität und vertiefter Integration genannt.

Wie in den vergangenen Jahren werden auch wieder Trainings für politisches Management angeboten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben hier die Möglichkeit, sich rhetorische Fähigkeiten als Vortrags- oder Diskussionsteilnehmer oder mediale Fertigkeiten in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit anzueignen.

Das aktuelle Veranstaltungsprogramm kann unter www.freiheit.org im Internet abgerufen werden. *Matthias Purdel, Landesbeauftragter Thüringen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*



Fotos: Matthias Schlummer
Weitere Fotos auf WWW.FDP-THUERINGEN.DE

Dreikönigstreffen im Eichsfeld FDP blickt nach vorn

Sechzig Liberale aus ganz Thüringen, aber auch dem benachbarten Niedersachsen fanden am 6. Januar den Weg ins Vital Hotel in Heilbad Heiligenstadt. Seit nunmehr 20 Jahren startet die FDP im Eichsfeld mit einem Dreikönigstreffen ins politische Jahr. Im Jahr 1992, so berichtete Kreischef Martin Henning, setzten die Liberalen im Eichsfeld erstmals den Begriff 'Dreikönigstreffen' über eine Einladung zur Mitgliederversammlung.

In diesem Jahr lud erstmals auch der Landesverband zu dem liberalen Jahresauftakt mit ein. Als Festrednerin ließ die ehemalige FDP-Generalsekretärin und heutige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, keinen Zweifel daran,

dass der FDP nicht die Puste ausgegangen ist. „Wir packen es an, auch im Jahr 2012. Wir schauen nach vorn. Es kommt auf das Ergebnis an“, rief sie in den Saal. Angesichts der zahlreichen Gäste beim

» Wir packen es an, auch im Jahr 2012 «

Dreikönigstreffen stellte Thüringens FDP-Generalsekretär Patrick Kurth fest: „Diese Partei ist intakt.“ Bis zu 230 Kilometer seien Parteifreunde gefahren, um an dem Treffen in Heiligenstadt teilzunehmen.

Mit Blick auf die Bundespartei rief FDP-Landeschef Uwe Barth zur Geschlos-

senheit auf. „Wir sind eine Familie, da gilt: In Freud' wie in Leid steht man zusammen, und das tun wir“, so Barth. Die FDP müsse dafür sorgen, dass in dem Begriff 'Soziale Marktwirtschaft' die Marktwirtschaft nicht irgendwann klein geschrieben werde – dass 'Sozial' groß geschrieben werde, dafür würden schon die anderen sorgen. Es müsse wieder der Grundsatz gelten: „Erst erarbeiten, dann verteilen.“ Dafür wollten und sollten die Liberalen stehen, so Barth, der das mit den drei großen W verbindet: Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand. In Zukunft werde der Landesverband in jedem Jahr ein Dreikönigstreffen organisieren, kündigte Barth abschließend an. *ms*

Neujahrsempfang der Thüringer Liberalen

Dr. Thomas Nitzsche startet OB-Wahlkampf

Über 400 Gäste, Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Sport, Wissenschaft und Wirtschaft kamen Mitte Januar zum Neujahrsempfang der Thüringer Liberalen im Schwarzen Bären in Jena. „2009 im Wahlkampf mit Guido Westerwelle hatten wir ein volles Haus zum Neujahrsempfang. 2010 nach den vielen gewonnen Wahlen war der Neujahrsempfang ebenfalls gut besucht. 2012: So voll, dass fast niemand mehr reinpasst, war es noch nie“, rief Generalsekretär Patrick Kurth MdB den dicht gedrängten Gästen im Spiegelsaal zu.

Dr. Thomas Nitzsche, Oberbürgermeisterkandidat der FDP-Jena, nutzte die Bühne für den Wahlkampfauftritt der Liberalen in der Saale-Stadt. Er kritisierte den SPD-Kontrahenten und Amtsinhaber in Stilfragen, habe doch Albrecht Schröter davon gesprochen, eine „Geliebte“ zu haben: die Stadt Jena. Man könne gegenüber

einer Stadt als OB jedoch „nicht den Romeo machen“, hielt Nitzsche entgegen. In der Politik müsse das Rationale dominieren. „Da braucht man einen kühlen Kopf; da sind Emotionen der falsche Ratgeber.“ Landeschef Uwe Barth MdL ging in seiner Rede vor allem hart mit den Sozialdemo-

» So voll, dass fast niemand mehr reinpasst, war es noch nie «

kraten im Freistaat ins Gericht. Wenn der Thüringer Wirtschaftsminister über die Thüringer Wirtschaft rede, dann höre sich dies an wie „üble Nachrede“, so Barth. Machnig rede über die Wirtschaft im Freistaat und mit deren Vertretern in einer Art

und Weise, die an „mittelalterliche Bänkelsänger oder vielleicht an die Diktatur des Proletariats“ erinnere. „Eine Diktatur von Proleten wie Herrn Machnig wollen wir nicht“, fügte er hinzu. Auch Kultusminister Christoph Matschie (SPD) wurde für seine Schulpolitik und sein Gesamtschulkonzept nicht mit Kritik verschont. „Was als Idee des längeren gemeinsamen Lernen begonnen hat, ist längst zur Idee der Gleichmacherei geworden“ so Barth.

Der Chef der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, sagte als Gastredner, er unterstütze die Forderungen nach Hilfen insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Gleichzeitig lobte er die Arbeit der Bundesregierung. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft in den vergangenen beiden Jahren sei ebenso ein Erfolg der Koalition wie der Rückgang der Arbeitslosigkeit. ms

IMPRESSIONEN VOM NEUJAHRSEMPFANG 2012 IN JENA



Fotos: Matthäus Schlummer
Weitere Fotos auf WWW.FDP-THUERINGEN.DE



Der neue JuLi-Landesvorstand (v.l.n.r.): Florian Hartjen (stellv. Landesvorsitzender für Organisation), Matthäus Schlummer (stellv. Landesvorsitzender für Programmatik), Laura Martin, Bernhard Kuske (Landesvorsitzender), Dennis König, Ralf Ratzmann (Schatzmeister), Janusz Riese. Es fehlt Melanie Straub.

Junge Liberale wollen weiter wachsen

Interview mit dem neuen JuLi-Landesvorsitzenden Bernhard Kuske

Bernhard Kuske wurde im vergangenen November zum neuen Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen (JuLi) Thüringen gewählt. Für die ThL-Redaktion sprach Matthäus Schlummer mit ihm über seine Vorstellungen und Ziele.

ThL: Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum Landesvorsitzenden der Thüringer JuLi. Sie sind in Hessen geboren. Wie kommen Sie nach Thüringen?

Bernhard Kuske: Vielen Dank! Nach meinem Abitur in Hessen habe ich nach Studienfächern gesucht, die mir gefallen könnten. Ein guter Bekannter, der auch bei den JuLi aktiv ist, erklärte mir das Konzept der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Uni Erfurt. Ich war interessiert, hab' mir Erfurt angesehen und mich schnell beworben.

ThL: Wie sind Sie zu den JuLi und zur FDP gekommen?

Kuske: Das ist eine längere Geschichte. Ich war in meiner Zeit in der Oberstufe sehr an Ethik und Philosophie interessiert. Außerdem engagierte ich mich in der Kreis-schülervertretung und kam dort erstmals mit richtigen politischen Strukturen in Kontakt. Ich empfand mich als liberal, suchte die dortigen JuLi und erschien von dort an zu ihren Sitzungen. In die FDP bin ich kurz danach eher beiläufig eingetreten. Die Bundestagswahl war 2008 noch nicht so präsent, als dass ich sie zum Grund meines Eintritts machen könnte. Mein Engagement für die liberale Sache

stand fest. Die JuLi und die FDP waren dabei die logischen Konsequenzen.

ThL: Wie würden Sie das Verhältnis der JuLi zur FDP beschreiben? Sind die JuLi nicht nur eine Vorfelddorganisation unter mehreren?

Kuske: Die JuLi sind eine unabhängige liberale Jugendorganisation. Ich weiß nicht, wie sich die anderen Vorfelddorganisationen beschreiben würden, aber: Alle unsere Beschlüsse, unsere Ansichten und Anträge kommen durch ausgiebige Diskussionen zustande. Niemand würde dort die FDP als Argument anführen. Die inhaltlichen Überschneidungen mit der FDP sind dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass

» Liberalismus endlich wieder als ganzheitliches Konzept verstehen «

beide für die gleiche Sache streiten. Diesem Selbstverständnis der Unabhängigkeit entspringt unser Anspruch, liberales Korrektiv – z. B. für die FDP – zu sein.

ThL: Was haben Sie sich vorgenommen?

Kuske: Thüringen ist nicht direkt liberales Kernland. Folglich sind die Ziele, die ich für die JuLi hoffe umsetzen zu können, eher bodenständig. In der Vergangenheit kam es zu finanziellen Problemen, die durch Schuldenmachen überbrückt werden mussten. Die sollten schnellstmöglich beglichen werden. Das ist im Übrigen nicht nur eine Sorgfalts- und Stabilitätsfrage,

sondern auch ein Anspruch liberalen Vorbildverhaltens. Ein zweites großes Ziel ist unsere Mitgliederentwicklung. Auf dem Thüringer Land sind die JuLi außerordentlich schwach vertreten. Dort stärker zu werden, klingt vermutlich einfacher als es ist, aber das soll kein Grund sein, das Ziel über Bord zu werfen.

ThL: Das sind ja eher strukturelle Ziele. Welche inhaltlichen Ziele verfolgen Sie?

Kuske: Ich setze mich dafür ein, dass wir Liberalismus endlich wieder als ganzheitliches Konzept verstehen. Viele Liberale geben sich nur mit der wirtschaftlichen oder vielleicht der bürgerrechtlichen Seite ihrer Gesinnung zufrieden. Insbesondere

im Sozialen oder in der Bildung sind wir auf der politischen Bühne seit jeher in der Defensive. Auf unsere Gegner reagieren wir häufig, indem wir fremde Positionen geringfügig anpassen und dann als kleinen, weniger unerträglichen Schritt verkaufen. Anpassung ist in der Demokratie aber leider keine Überlebensstrategie! Ich bin fest davon überzeugt, dass wir JuLi ein gutes Beispiel für eine Politik sein können, die Liberalismus wieder als ganzheitliches Konzept begreift. Als Gesinnung zum Wohl aller Bevölkerungsschichten in allen Politikbereichen. red



Pressearbeit, Zielgruppen und anderer Wahnsinn!

Aus der Arbeit eines Pressesprechers auf lokaler Ebene

Ja, ich bin Pressesprecher in meinem FDP-Kreisverband, und ich bin verrückt, oder könnte es zumindest oft werden. Aber das ist gut so! Warum? Weil ich glaube, dass alle Pressesprecher verrückt sein müssen, egal in welchem Kreisverband und in welcher Partei. Journalisten in ihren Redaktionsstuben sind es übrigens auch: verrückt! Presseleute und Lehrer seien am meisten drogengefährdet, heißt es. Gut, meine Frau ist Lehrerin, aber wir nehmen keine Drogen, außer Alkohol und Zigaretten. Aber wir leben in dem Wahn, nicht abhängig zu sein, nur voneinander. Und auch das ist gut so!

Meist nimmt der Wahnsinn mit einem Anruf oder einer Mail des Kreisvorsitzenden seinen Anfang, und das zu den unmöglichsten Zeiten: sonntags, an Feiertagen oder wenn man spät am Abend noch einmal den Fehler begeht, sein Postfach abzurufen. „Schreib mal was zu diesem oder jenem Thema!“, steht dann dort voller Substanz. Bei dem Thema dreht es sich oft um so bedeutungsschwangere Fragen wie Kita-Gebühren, Schulreform, Obst in Schulen oder gar Wirtschaftsförderung in der Kommune. Also telefonisch nachgefragt beim Kreisvorsitzenden, wenn er denn zu nachtschlafender Zeit noch erreichbar ist. Der hat seine Meinung! Den Stellvertreter via SMS nachgefragt, der hat eine andere Meinung und man selber als Pressesprecher sowieso. „Du machst das schon“, heißt es dann aufbauend von allen Seiten. Also die Programmatik durchgeackert, von Kommune über Land bis Bund, ein bisschen Europa kann nicht schaden,

wir agieren ja auch global! In Protokollen der letzten Vorstandssitzungen lässt sich auch was finden. Im Zweifel schaut man mal in bereits Veröffentlichtes, man mag sich ja nicht widersprechen. Verstaubte Akten bergen manchen Schatz! Nach all diesen Recherchen versucht man, dieses in einen möglichst geschmeidigen Text zu verpacken, was beim Thema Wirtschaft oft Blüten trägt. Und über allem schwebt ein Damoklesschwert: Redaktionsschluss!

» Es ist die Hölle, ein Pressesprecher zu sein, gerade nachts! «

Wer will denn nicht aktuell sein? Spätestens morgen muss es raus!

Dann endlich, es ist schon lange nach Mitternacht, die Weinflasche, oder Hochprozentigeres, haben sich längst erschöpft, die letzte Zigarette ist auch geraucht und der Weg zur nächsten Tankstelle zu weit – es ist vollbracht! Es würde reichen, es morgen früh zu versenden. Was du heute

kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen – nicht nur der Redaktionsschluss schwebt über mir, auch das geflügelte Wort meiner seligen Großmutter bereitet mir ein schlechtes Gewissen!

Es ist die Hölle, ein Pressesprecher zu sein, gerade nachts! Dann, weit nach Mitternacht, schaue ich noch einmal über den Text und frage mich: „Wer in Gottes Namen liest das alles eigentlich?“, wenn es denn überhaupt veröffentlicht wird. Da ist zum Beispiel mein Kollege Hans-Jürgen. Der schaut in seiner Tageszeitung nur nach den Todesanzeigen und seinem Horoskop. Aber er glaubt auch an die Kraft mineralischer Steine und daran, dass auf der Rückseite des Mondes Außerirdische leben. Interesse an Schulobst hat er vermutlich weniger. Oder meine Ex-Freundin Grit, weit vor meiner Ehe. Sie mag es, Feuilletons zu lesen. Kulturinteressiert parliert sie über Kritiken zu Vernissagen oder über Buchrezensionen, die mir so weit entfernt erscheinen wie die Außerirdischen von Hans-Jürgen jenseits des sichtbaren Bereiches der Mondsichel. Manchmal denkt sie sehr liberal, könnte fast bei den Grünen sein, sitzt aber für die Linken im Kulturausschuss im Stadtrat. Oder mein Nachbar Hubert. Der liest, was ich nie lese – die Seite

mit dem Lokalsport. Dort steht dann, dass in der dritten Kreisklasse im Fußball die alten Herren von Niedersünderstätt gegen Großobringen 2:0 gewonnen haben. Nun, für mich war auch von Interesse, dass meine Tochter den Gesangswettbewerb für das Goldkehlchen gewonnen hat. Das hat Hubert sicher überlesen! Für wen, neben meiner Frau und mir, mag das von Bedeutung sein? Interesse ist eben selektiv.

Aber es gibt sie, die Leser der Tageszeitungen mit allen ihren Rubriken! Dann ist der Moment gekommen, wo ich mir sage, dass es gut ist, ein wenig verrückt zu sein. Immer und immer wieder Pressearbeit zu machen für liberale Politik. Die Menschen lesen es, man mag es kaum glauben, sei es im Sportteil oder im Lokalen. Es lohnt sich, verrückt zu sein, glaubt mir das!

Euer Redaktionsmitglied der Thüringer Liberal und Pressesprecher der FDP Weimar – Matthias Purdel! *pur*

TERMIN

WORKSHOP 'LOKALE PRESSEARBEIT'

Der Vorsitzende der VLK Dirk Bergner lädt alle interessierten Kommunalpolitiker, Kandidaten für die Kommunalwahlen und Pressesprecher der Kreisverbände zu einem Workshop 'Lokale Pressearbeit' am 17. Februar 2012 von 16 bis 19 Uhr in den Thüringer Landtag ein. Referenten: der Autor des Beitrages Matthias Purdel, der Pressereferent des Landesverbandes Matthäus Schlummer und Fraktionspressesprecher Jens Panse.

FDP verurteilt Umweltzone

Scharfe Kritik an Behörden

Die Thüringer FDP macht weiter Druck gegen Umweltzonen im Freistaat. Vor allem der Fraktionsvorsitzende der FDP im Erfurter Stadtrat, der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Thomas Kemmerich, hält gar nichts von der Umweltzone. „Wir sind gegen eine Umweltzone in Erfurt und sehen auch mit deren faktischer Umsetzung keinen richtigen Schritt in Richtung Feinstaubentlastung“, so Kemmerich. Er kritisierte, die Stadt Erfurt habe bis zuletzt den Eindruck vermittelt, es gebe einen Entscheidungsspielraum. Jetzt zeige sich, dass Alternativen zur Umweltzone nie eine realistische Chance eingeräumt wurden. Für die Liberalen sei die Umweltzone nichts anderes als eine Zone für das grüne Gewissen.

Nach der Ankündigung des Landesverwaltungsamtes, dass ab dem 1. Oktober 2012 nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette die Erfurter Innenstadt befahren dürfen, wandte sich Generalsekretär Patrick Kurth MdB in einem Brief an den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes sowie den Thüringer Umweltminister. Darin zeigt sich der liberale Politiker „höchst verwundert“ darüber, dass das Landesverwaltungsamt eine politische Maßnahme androhe, obwohl seine Zuständigkeit fraglich sei. „Umweltzonen sind höchst umstritten, weil sie die grundgesetzlich garantierte Freizügigkeit erheblich beschneiden, obwohl eine Wirkung kaum nachweisbar ist. Ein so massiver Eingriff in bürgerliche Freiheiten muss demokra-

tisch legitimiert sein und nicht bürokratisch angeordnet.“

Die Verwaltung, so der Bundestagsabgeordnete, dürfe die Bürger nur in den engen Grenzen der Verfassung und nur auf Grundlage einer gesetzlichen Regelung einschränken. „Die vorgebliche EU-Richtlinie gehört sicherlich nicht dazu. Schon gar nicht, wenn sie falsch ausgelegt wird. Die entsprechende Richtlinie verlangt nur geeignete Maßnahmen zur Reduktion der Belastung. Dies kann eine Umweltzone, aber auch zahlreiche andere Maßnahmen

» Höhere Kosten sowie ein größerer Aufwand für die Verwaltung «

sein. Dazu hat sich das weise Landesverwaltungsamt gar nicht geäußert.“

Kurth kritisierte das Instrument der Umweltzone scharf. „Diese Placebo-Politik mit bewussten Falschbehauptungen bringt die Menschen auf die Palme. Umweltzonen schreiben ein Ergebnis auf Papier, das in der Praxis kaum Relevanz hat. Man könnte es auch Sowjetisierung der Umweltpolitik nennen. Ein vom Plan vorgeschriebenes Ergebnis wird in der Realität nicht umsetzbar sein.“ Dem stünden höhere Kosten für Bürger und Unternehmen sowie ein größerer Aufwand für die Verwaltung entgegen.

Er verlange vom Landesverwaltungsamt Beweise für die Wirksamkeit einer Umweltzone. „Reifenabrieb aller Fahrzeuge, marode Straßen, hoher Kies- oder Sandanteil auf Straßen, aber insbesondere landwirtschaftliche Aktivitäten im Umkreis können für Feinstaub sorgen. Ich möchte wissen, wie das Landesverwaltungsamt Umweltzonen in einer Region, die kaum von Industrie, aber stark von Landwirtschaft und Autobahnen geprägt ist, rechtfertigen will.“ Auch die Anpflanzung am Straßenrand, die Zahl der Schlaglöcher oder der Einsatz von Winterstreuung wirke sich erheblich auf die Entstehung von Feinstaub aus. „Eventuell wird die Verwaltung auch diese politischen Entscheidungen demnächst treffen. Dann brauchen wir keine Parlamente mehr.“ Für die Wirksamkeit einer Umweltzone zur Reduzierung der Feinstaubbelastung gebe es deshalb kaum Belege.

Neben dem Landesverwaltungsamt sandte Kurth auch dem Thüringer Umweltminister ein Schreiben zu. Er vermisse, so schreibt er darin, eine deutliche Auffassung der Landesregierung zu diesem Unfug.

Die FDP, so Generalsekretär Kurth, werde das Thema offensiv angehen. „Es steht beispielhaft für eine ganze Reihe von unmöglichen Einschränkungen, die die Bürger hinnehmen müssen, ohne dass es ein wirksames Ergebnis gibt.“ Er kündigte eine Reihe von Veranstaltungen an, um das Thema ausgiebig zu diskutieren. *ms*



geburtstage + eintritte

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG

IM JANUAR Siegbert Würzl (70 Jahre), Jürgen Rackwitz (70 Jahre), Heidi Wagner (60 Jahre), Anne-Katrin Kraft-Petersdorf (50 Jahre), Ralf Kratsch (50 Jahre), Attila Flöricke (40 Jahre), Ronny Dentel (30 Jahre) |

IM FEBRUAR Walter Schneidewind (90 Jahre), Emil Wittig (80 Jahre), Bernd Kittler (70 Jahre), Lena Reimers (70 Jahre), Helmut Wohlleben (70 Jahre), Peter Brückner (70 Jahre), Eveline Luef (60 Jahre), Dietmar Gläßer (60 Jahre), Norbert Ziegenfuß (60 Jahre), Dieter Halle (60 Jahre), Gislinda Eicher (60 Jahre), Stephan Boon (50 Jahre), Vera Hohlfeld (40 Jahre), Thomas Fiege (30 Jahre)

GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN Karl Ose, Bernd Hesse, Marko Enke, Peter Montag, Helmut Hammerschmidt, W.-Ludger Schlotzhauer, Horst Grunert, Michael Czuber, Torsten Kirchner, Thomas Vollmar, Fred Leise, Franka Hitzing, Ulrich Schütte, Uwe Schäfer, René Holzberger, Gerhard Jahns, Eberhard Kreuser, Peter Röhlinger, Heiko Sparmberg, Barbara Adams, Michael Karow, Michaela Merz, Gisela Sparmberg, Sabine Wolff, Jürgen Lange, Mario Strech, Christina Lange, Dirk Bergner, Andreas Wiese, Sylvia Klingebiel, Thomas L. Kemmerich, Claus Peter Roßberg, Robert-Martin Montag, Steffen Peter, Stephan Gail, Peggy Katzer, Matthias Fertig, Martin Steinecke, Anja Hense und allen anderen Geburtstagskindern, die aus Platzgründen nicht aufgeführt sind.

JÜNGSTE EINTRITTE FDP THÜRINGEN Dr. Jürgen Ptucha, Patrick Hilbrenner, Lars Christian Schröder, Rolf Heller, Stephan Boon, Birgit Enke, David Schäfer

Hermann Marx feiert 65-jähriges Parteijubiläum

Eine ganz besondere Jubiläumsfeier, die in herausragender Weise für die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts steht, konnte jetzt Hermann Marx feiern. LDP-Spitze nach dem Krieg, verhaftet, verurteilt, Gefängnis, Spitzenbeamter in der Bundesregierung, zeitweiliger FDP-Bundesgeschäftsführer. Seit 65 Jahren ist Hermann bereits Mitglied bei den Liberalen. Der 87-Jährige wohnt seit Jahrzehnten in Bonn-Bad Godesberg, wechselte nach der Wende jedoch den Kreisverband: Er ist Mitglied der FDP Jena.

„Sie gehörten zu den Menschen, die sich in einer diktatorischen Zeit mit hohem persönlichem Risiko für die politische Freiheit eingesetzt haben“, gratulierte Kurth. „Ihr Prozess und Ihre Gefängnishaft



Patrick Kurth (l.) und Gabriele Renatus (r.) bei der Urkunden-Übergabe an Hermann Marx.

sind Zeugnisse dafür, dass die heutigen Freiheiten nicht selbstverständlich sind.“

Marx studierte Rechtswissenschaft in Jena. 1946 trat er in die LDP ein und leitete ab 1949 den Ausschuss für Hochschul-Studentenfragen bei der LDP-Parteileitung. 1952 wurde er vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und zu 10 Jahren Zuchthaus wegen Spionage und Boykotttätigkeit verurteilt. Nach der Freilassung 1956 siedelte Marx nach Westdeutschland über. Später wurde er in Bonn kommissarischer FDP-Bundesgeschäftsführer und Abteilungsleiter unter Innenminister Hans-Dietrich Genscher.

Jena aber blieb die Stadt, in der Marx unvergängliche und wichtige Erfahrungen gesammelt hatte. „Immer, wenn ich Ruhe brauche oder mich geärgert habe, fahre ich nach Jena. Dort finde ich Kraft. Auch wenn man so viele Jahre nicht in Thüringen lebt, hängt man an der Heimat und hat Sehnsucht“, sagte Marx beim Überreichen der Jubiläums-Urkunde im Thomas-Dehler-Haus in Bonn durch Thüringens FDP-Generalsekretär Patrick Kurth und Bundesgeschäftsführerin Gabriele Renatus.

Michael Gewohn feierte 25-jähriges Parteijubiläum

„Wegen der Dichte an Terminen in der Vorweihnachtszeit treffen wir uns seit Jahren um den Dreikönigstag“, begründete der Ronneburger FDP-Ortsvorsitzende Michael Gewohn seine Einladung für die Feier der Liberalen im Buga-Städtchen Anfang des Jahres. Eine gute Gelegenheit für FDP-Landesvize und -Kreischef Dirk Bergner, eine besondere Medaille und Urkunde zu überreichen. „Das ist etwas anders als bei Geburtstagen“, so Bergner, als er dem sichtlich überraschten Michael Gewohn zu 25 Jahren Mitgliedschaft gratulierte.



Raimund Kolbe gratuliert Michael Gewohn zu 25 Jahren Mitgliedschaft bei den Liberalen.

el Gewohn zu 25 Jahren Mitgliedschaft gratulierte. Vor 25 Jahren war Gewohn in die damalige Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD) eingetreten. Er hatte schon immer mal mit dem Gedanken geliebäugelt, die Entscheidung fiel jedoch, als er wegen einer beruflichen Weiterbildung zum Eintritt in die SED genötigt werden sollte. „Das kam für mich nicht in Frage“, so seine klare Haltung. Der Eintritt in die LDPD sei auch „ein Stück weit Schutz vor der SED“ gewesen.

Damit sei er seinerzeit kein Einzelfall gewesen, berichtet Raimund Kolbe. Er hatte als damaliger Bezirksvorsitzender Gewohn in die LDPD aufgenommen. „Trotz der von oben verordneten Gleichschaltung mit dem sozialistischen System boten die DDR-Liberalen eine Heimat für liberal Denkende und für Menschen, die sich engagieren, aber nicht vom Sozialismus vereinnahmen lassen wollten.“

ANZEIGE



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Energiezuteilung aus Brüssel

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Alle wollen Energie sparen. In der EU ist uns das so wichtig, dass wir uns europäische Ziele zur Energieeinsparung gesetzt haben. Um diese zu erreichen, schlägt die EU-Kommission eine 'Energieeffizienzrichtlinie' vor, die derzeit zur Entscheidung ansteht.

Im Gesetzesvorschlag der EU-Kommission finden sich Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden. So will die EU-Kommission verbindlich vorschreiben, dass drei Prozent des Bestandes öffentlicher Gebäude bis 2020 energetisch saniert werden. Energielieferanten sollen verpflichtet werden, ihre Lieferungen an Kunden jährlich um 1,5 Prozent zu kürzen. Darüber hinaus sind verpflichtende Überprüfungen zur Energieeffizienz von Industrieanlagen vorgesehen. Das gesamte Gesetzeswerk weist den Weg in die Energie-Planwirtschaft. Die vorgeschlagene Sanierungsquote für öffentliche Gebäude entspricht in Deutschland der Verdoppelung der bisher in zehn Jahren vollzogenen Sanierungsleistung. Trickreich schlägt die

EU-Kommission diese verbindliche Quote nur für öffentliche Gebäude vor, damit die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen kann. Woher die finanziellen Mittel für diese Maßnahmen kommen sollen, lässt der Vorschlag offen. Sicher steckt in der Gebäudesanierung ein großes Energieeffizienzpotenzial. Aber muss das mit dirigistischen Vorgaben aus Brüssel gehoben werden? Sicher nicht! Die vorgesehene Verpflichtung zu Lieferkürzungen für Energieversorger könnte auch aus der staatlichen Plankommission der DDR stammen.

Für industrielle Strom- bzw. Energieverbraucher kann sich dieser Vorschlag zu einem Problem entwickeln. Sollen Industriebetriebe ihre Produktion einstellen, wenn der vorgegebene Stromverbrauch erreicht ist? An dieser Stelle kollidiert der Gesetzesvorschlag mit dem CO₂-Emissionshandel, denn auch emissionshandelspflichtige Industrieunternehmen sind dieser Richtlinie unterworfen. Der staatliche Energieinspektor macht diesen absurden Geset-

zesvorschlag zum perfekten Stück aus der Mottenkiste der Planwirtschaft. Aus liberaler Perspektive muss man fragen: Warum ist Energieeffizienz überhaupt ein politisches Ziel? Der Umgang mit Energie ist Sache jedes einzelnen Akteurs am Markt. In Unternehmen ist der effiziente Umgang mit Energie überlebenswichtig. Wer das nicht tut, scheidet bald aus dem Wettbewerb aus.

Diese Richtlinie wird Europa nicht besser machen! Sie ist ein erneutes Beispiel für den fragwürdigen Trend zu Zentralismus und Planwirtschaft, der in der EU unserer Tage immer öfter zu beobachten ist. Bisher hat nur die Regierung von Großbritannien einen Generalvorbehalt gegen diese Richtlinie angemeldet. Ausgerechnet das Land, von dem sich viele wünschen, es möge aus der EU austreten, hält die Fahne marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik hoch.

HOLGER KRAHMER | KONTAKT ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL:
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÄTIMENT ALTIERTROSPINELLI 106158
60, RUE WIIERTZ | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU



Der Doktor aus dem Landratsamt

20. Jubiläum für Dietmar Möller

Dr. Dietmar Möller ist kein Arzt. Obwohl mitunter Bürger einen Mediziner in ihm vermuten, wenn sie für ein das Gesundheitsamt betreffendes Anliegen bei Anruf im Landratsamt mit dem Doktor verbunden werden. Dietmar Möller ist der Erste Beigeordnete des Landrates. Und als solcher auch Abteilungsleiter. In sein Ressort fällt auch das Gesundheitsamt.

Gesundheit, Jugend und Soziales kamen mit der jüngsten Strukturveränderung in der Kreisverwaltung zu den Sachbereichen Schule, Kultur, Sport hinzu, die Dr. Möller 'schon immer' verantwortet. Will heißen, seit zwei Jahrzehnten. Am 1. Januar 2012 blickte der FDP-Politiker auf 20 Jahre ununterbrochene Tätigkeit als Erster Beigeordneter des Landrates zurück.

Möller ist von Hause aus Elektroniker. Sein Dokortitel ist einer aus den Ingenieurwissenschaften. Bevor er im Oktober 1991 in die Kommunalpolitik ging, wirkte er als Dozent an der Fachschule für Mikroelektronik und Keramik in Hermsdorf. Hier war, wie überall in der Zeit der politischen Wende, alles im Umbruch. Eine beruflich ungewisse Zukunft vor Augen, zeigte sich der Kreisvorsitzende der FDP aufgeschlossen, als seine Partei anfragte, ob er für die Funktion kandidieren würde. Im Oktober 1991 wurde er zum Ersten Beigeordneten des Landkreises Stadtroda gewählt. Am 1. Januar 1992 trat er sein Amt an. Durch Wiederwahl hat er es bis heute inne. Vier CDU-Landräten stand er zur Seite: Im Altkreis Stadtroda zunächst Werner Jeschke, dann Dieter Füser, nach der Gebietsreform im Saale-Holzland-Kreis Jürgen Mascher und jetzt Andreas Heller.

Dr. Möller ist bis heute bekennender Quereinsteiger. „Praxiserfahrung und

Fremdsicht waren immer ein enormer Vorteil. Nicht nur die Paragraphen zu sehen, habe ich mir zum Prinzip erhoben. Die Methode, dort Lösungen zu finden, wo das Gesetz es nicht ausdrücklich verbietet, hat sich bewährt“, räumt er ein, dass er dafür auch Schelte bezog und es mitunter schwer war, Mehrheiten zu bekommen. Aber: „Das Ergebnis zählt und



» Dietmar Möller überzeugt, weil er sich selbst in den Dienst der Sache stellt «

ich bin stolz, dass unser Landkreis noch Dinge erhalten konnte, die Lebensqualität ausmachen.“

Das Berufsschulzentrum in Hermsdorf sei so ein Beispiel. Es konnte gehalten werden, ist eine wettbewerbsfähige Einrichtung, die als einzige in Thüringen Ausbildungsrichtungen dazu gewonnen hat. „1999 musste ich mir anhören, die Schule sei viel zu klein konzipiert. Jetzt zahlt sich die Größenordnung aus.“ Weil auch das Jugendwohnheim nicht aufgegeben wurde, können länderübergrei-

fende Fachklassen eingerichtet werden. Unterkünfte für noch nicht volljährige Schüler stehen zur Verfügung.

Dietmar Möller überzeugt, weil er sich selbst in den Dienst der Sache stellt. Exemplarisch sind zwei seiner Ehrenämter. Der Vorsitz im Volkshochschulverein. Die Kreisvolkshochschule des SHK ist die einzige in Thüringen, die seit 1993 noch als Verein geführt wird. Und die Leitung des Vereins zur Förderung der Kinder, Jugendlichen, Familien und Altenhilfe, Träger für das Schullandheim Renthendorf, das Jugendwohnheim Hermsdorf, den Präventionsdienst 'Kiwi'-Kinder willkommen, den mobilen Integrationsfachdienst für die Kindergärten und nun auch das Kreis seniorenbüro.

Dr. Möller, der im März 60 Jahre alt wird, ist ein Tagebuchschreiber. 15 Bücher hat er schon vollgeschrieben. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Dokumentation seiner Amtszeit das Thema Schulnetzplan. Immer heikel, weil über bisher fünf Etappen hinweg mit unpopulären Schulschließungen verbunden. „Wir verfügen im Ergebnis über stabile Strukturen, um die uns andere Landkreise beneiden, vor allem wegen der Dichte im Grundschulbereich“, zieht er Bilanz.

Dr. Möller ist kein Arzt. Doch stolz berichtet der Vater, dass die Töchter diesen Berufsweg gehen. Karina (32) wurde Fachärztin für Gefäßchirurgie, die jüngere Cornelia (26) widmet sich der Tiermedizin. Seine drei Frauen, zuvorderst seine Ehefrau, hätten einen nicht unerheblichen Anteil an allem, was er zum Wohle des Gemeinwesens im Landkreis auf den Weg bringen konnte. „Ohne den familiären Rückhalt wäre es nicht gegangen.“ *Carola Frindert*

Mit freundlicher Genehmigung der OTZ

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3455919 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pk* | Matthias Purdel *pur* | Ingo Reimann *ir* | Justus Lenz *jl*
Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kd*

BEITRÄGE Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 1.800 Exemplare

ERSCHEINUNG 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises
GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

